

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Recycling - Steuerreform -
Jahreswirtschaftsbericht - AKP-Verhandlungen - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Recycling - Steuerreform - Jahreswirtschaftsbericht - AKP-Verhandlungen - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 2, pp. 64-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134779>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Recycling

Ungeliebte Petro-Dollar

Als sich zur Jahreswende 1973/74 die Prognosen über die Dollar-Einnahmen der Erdölstaaten jagten, wurde allgemein befürchtet, daß die arabischen Staaten ihre Überschüsse dazu verwenden würden, gegen einzelne Währungen – auch aus politischen Motiven – zu spekulieren. Diese Befürchtungen erwiesen sich zumindest 1974 als gegenstandslos. Die rund 60 Mrd. Dollar-Überschüsse der Erdölstaaten wurden erstaunlich gut von den nationalen und internationalen Geld- und Finanzmärkten absorbiert. Dieser Prozeß wurde aber zu Beginn des Jahres 1975 unterbrochen. Neuerdings werden Dollar-Guthaben verstärkt in DM und Schweizerfranken umgetauscht, so daß sich für diese Währungen bei anhaltender Dollar-Schwäche eine unerwünschte Aufwertungstendenz ergab. Die Schweiz versuchte diese Tendenz bereits mit verschärften Devisenkontrollen abzuwehren.

Die jetzige Dollar-Schwäche beruht sicher nicht auf einem irrationalen Anlageverhalten der arabischen Staaten. Der Grund sind vielmehr die sinkenden Zinsen in den USA und auf dem Euro-Dollarmarkt, so daß das latent vorhandene Kursrisiko für den Dollar nicht mehr überkompensiert wird. Daß die Erdölstaaten deshalb in Ermangelung anderer Anlagealternativen, die ihrem Liquiditätsbedürfnis entsprechen, in stabile Währungen gehen, ist nur verständlich. Damit sich dieser Prozeß nicht beschleunigt und es tatsächlich zu dem mit Recht gefürchteten „Switchen“ von einer Währung in die andere kommt, sollten sich die Erdölproduzenten und -verbraucher bald auf einer Konferenz zusammensetzen. Bis dahin muß den Industriestaaten jedoch bewußt werden, daß sie nicht ständig von der Notwendigkeit eines „Recycling“ der Petro-Dollar sprechen können, gleichzeitig aber durch erneute Währungsdirigismen dokumentieren, wie ungeliebt ihnen die Petro-Dollar sind. ge

Steuerreform

Folgschwere Lücken

Die seit Jahren vorbereitete und im vergangenen Jahr schließlich angesichts bevorstehender Wahlen unter politischem Zeitdruck verabschiedete Reform der Einkommensteuer hat die von den Regierungsparteien erwartete Wirkung verfehlt. Gemessen an ihrer gegenwärtigen, negativen Presse hat sie, selbst für die Opposition über-

raschend, den bestehenden politischen Gegenwind für die Koalition noch verstärkt. Auf jeden Fall wird die öffentliche Diskussion nicht von der Mehrheit der steuerlich Entlasteten geführt, sondern von denjenigen, die zu den Benachteiligten der Steuerreform gezählt werden, und, was politisch viel brisanter ist, von denjenigen, die zwar zu den steuerlich Entlasteten gehören, es aber erst beim Jahresausgleich 1975 feststellen werden.

Der Protest eines großen Teils der rund zehn Millionen Doppelverdiener ist nämlich auf eine weitgehende Unkenntnis über die Steuerreform zurückzuführen. Diese betrifft insbesondere die richtige Wahl der Steuerklassen, den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Höhe des monatlichen Lohnsteuerabzugs und der Höhe der zu erstattenden bzw. nachzuzahlenden Steuer im Jahresausgleich sowie den Zusammenhang zwischen Steuerreform und Kindergeldreform. Angesichts der Kompliziertheit der Materie dürfte auch die gerade abgelaufene Anzeigenkampagne der Bundesregierung kaum ausgereicht haben, die offensichtlichen Informationslücken bei einigen Doppelverdienern zu schließen. Ein fragwürdiger Trost bleibt der Regierung: die Opposition, schon im Begriff, die 14 Mrd. DM Steuererleichterungen aus der Steuerreform im Berliner Wahlkampf als CDU-Erfolg zu feiern, hat diese Feier schlagartig abgeblasen. sf

Jahreswirtschaftsbericht

Gute Wünsche für 1975

Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht ihre wirtschaftlichen Zielvorstellungen und Absichten für 1975 konkretisiert. Teilweise mußten erhebliche Abstriche gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Zielkonstellation gemacht werden, die noch vor der Jahreswende angestrebt wurde. So mußte ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt als „Datum“ hingenommen werden. Auch fällt das anvisierte gesamtwirtschaftliche Wachstum mit 2% geringer aus, als noch im letzten Jahr erwartet. Ein Anstieg der Verbraucherpreise um 6% würde eine sich fortsetzende Verlangsamung des Preisauftriebs bedeuten. Im Hinblick auf das außenwirtschaftliche Ziel hofft die Regierung, daß sich der Außenbeitrag leicht verringern wird.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, daß der schlechten Gesamtverfassung unserer Volkswirtschaft weitgehend Tribut gezollt wurde. Bei näherem Hinsehen muß allerdings konstatiert werden, daß die Trauben für die Wirtschaftspolitik nach wie vor hoch hängen. Zu Beginn des Jahres 1975

lag das Bruttosozialprodukt um rd. 1% unter dem Jahresdurchschnitt von 1974. Um auf die angestrebten 2% Wachstum zu kommen, müßte die Wirtschaft gegen Ende 1975 auf hohen Touren laufen. Die Bundesregierung setzt auf eine rasche Konjunkturwende: ein Erfahrungsbild, wie es in der Regel bei konjunkturellen Umbrüchen vorzufinden ist. Ob die Wende aber so schnell kommt, wie im Jahreswirtschaftsbericht anvisiert, ist noch offen. Vollends fraglich ist es, ob sich die Arbeitslosenquote auf rund 3% im Jahresdurchschnitt beschränken läßt.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß die Jahresprojektion 1975 zum Jahresende nur dann annähernd eintreffen dürfte, wenn die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auf breiter Front unterstützt wird, d.h. neben Bund auch Länder und Gemeinden die Konjunktur wohlndosiert ankurbeln, die Notenbankpolitik hierfür den notwendigen monetären Spielraum schafft und die Sozialpartner die Anfälligkeit eines noch jungen Konjunkturaufschwungs einkalkulieren. gvg

AKP-Verhandlungen

Grundlegende Neuerungen

Die Verhandlungen zwischen den neun EG-Mitgliedern einerseits und 46 assoziierungswilligen Entwicklungsländern andererseits sind Anfang Februar soweit abgeschlossen worden, daß die Unterzeichnung eines neuen Assoziierungsabkommens für den 28. Februar in Lomé/Togo in Aussicht genommen werden konnte. Das in andert-halb-jährigen Verhandlungen erarbeitete Abkommen enthält eine Verdreifachung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) auf 10,5 Mrd. DM sowie vier Punkte, die gegenüber den Jaunde-Verträgen als grundlegende Neuerungen hervorzuheben sind. So gewährt die EG den AKP-Staaten nicht-reziproke Zollpräferenzen, d.h. die Gemeinschaft verzichtet auf die Inanspruchnahme von Gegenpräferenzen; diese Regelung scheiterte bisher immer am Einspruch Frankreichs. In einem zweiten Punkt erkennt die EG die kumulative Ursprungsregelung an, durch die die regionale Integration der 46 Partnerstaaten gestützt werden soll. Als weitere Neuerungen sind die Förderung der industriellen Zusammenarbeit sowie vor allem die Einrichtung eines Mechanismus zur Stabilisierung von Exporterlösen zu nennen.

Das System der Exporterlösstabilisierung bezieht sich auf Bananen, Kakao, Kaffee, Tee, Kokosnüsse, Palmöl, Baumwolle, Häute und Felle, Holz (ohne Sperrholz), Sisal sowie unter bestimmten Voraussetzungen auf Eisenerz. Fällt der Exportpreis bei diesen Produkten unter ein Referenzniveau, so wird die Differenz aus dem EEF ge-

zahlt, muß aber bei einem Übersteigen des Referenzniveaus in den Fonds zurückgezahlt werden. Lediglich die 17 „least developed countries“ unter den Assoziierten sind von der Rückzahlung befreit. Ob die seitens der Assoziierten geäußerte Befriedigung über das System gerechtfertigt ist, muß sich aber erst noch zeigen. Kritiker weisen bereits heute darauf hin, daß das System der Exporterlösstabilisierung die traditionellen Wirtschafts- und Sozialstrukturen konserviere sowie einer Diversifizierung der Exportstruktur entgegenwirke. hh

USA

Ausweg aus der Krise?

Die rapide Talfahrt der amerikanischen Wirtschaft in eine schwere Rezession mit stark steigender Arbeitslosigkeit zwang Präsident Ford schon zu Jahresbeginn zur Aufgabe seiner erst im Herbst angekündigten Anti-Inflationspolitik. Das neue Programm umfaßt Steuerrückzahlungen zur Stimulierung der Nachfrage, Importzölle zur Drosselung des Ölverbrauchs im Rahmen einer langfristigen Energiepolitik, eine gleichzeitige Steuerentlastung in Höhe dieser Einnahmen sowie Aufschub und Kürzung öffentlicher Ausgaben.

Dieses Maßnahmenpaket macht die Hilflosigkeit der Wirtschaftspolitik im Konflikt zwischen Rezessions- und Inflationsbekämpfung besonders deutlich. Angesichts des scharfen Konjunktureenbruchs werden Steuerrückzahlungen im geplanten Umfang kaum ein ausreichendes Mittel zu einer nachhaltigen Ankurbelung der Wirtschaft sein. Immerhin könnte der zu erwartende mäßig expansive Impuls Ausmaß und Dauer der Rezession verringern. Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit ist so jedoch nicht erreichbar. Inflationäre Effekte dürften von diesem Teil des Programms angesichts seines relativ geringen Umfangs kaum ausgehen. Zweifellos werden aber die energiepolitischen Maßnahmen von der Kostenseite her den Preisauftrieb verstärken.

Die Realisierung des neuen Programms, vor allem der problematischen Pläne zur Öleinsparung, ist angesichts des Widerstandes der demokratischen Mehrheit im Kongreß noch ungewiß. Zwar kommt der Präsident mit seinem Kurswechsel zur expansiv wirkenden Steuerpolitik den Demokraten entgegen, die fast durchweg jede Nachfragestimulierung befürworten. Insbesondere um die Energiepolitik werden aber noch harte Auseinandersetzungen geführt werden. Da der Zwang zur Ankurbelung zunimmt, wird man bald zum Kompromiß kommen müssen. Er wird sicherlich zu Lasten des Energieprogramms gehen. sp